



Comune di Bolzano
Stadtgemeinde Bozen

Stempelmarke zu

€ 16,00

**An die Gemeinde Bozen
Abteilung für Vermögen und Wirtschaft
Amt für Wohnbau
Lanciastraße Nr. 4/A
39100 Bozen**

PEC: 8.2.0@pec.bolzano.bozen.it
E-mail: 8.2.0@gemeinde.bozen.it

ACHTUNG

Falls der Antrag mittels PEC oder E-Mail übermittelt wird, muss eine Kopie der Zahlung der Stempelgebühr mittels Modell F23 (Steuerkodex 456T) beigelegt werden.

ANTRAG AUF ZUSAMMENLEBEN IN EINER GEMEINDEWOHNUNG

Der/Die unterfertigte _____ nimmt die Vorschriften laut D.P.R. Nr. 445 vom 28.12.2000 (SELBSTERKLÄRUNG) i.g.F. zur Kenntnis und weiß über die Strafen Bescheid, welche für Falscherklärungen gemäß Art. 483, 495 und 496 des Strafgesetzbuches angewandt werden.

ER/SIE ERKLÄRT FOLGENDES:

Geburtsort _____ (Prov. _____) am _____ Konzessionär der Gemeindewohnung in _____ Straße/Platz _____

ER/SIE BEANTRAGT

hiermit die Genehmigung, um in der Gemeindewohnung im Sinne des Art. 8 des Dekretes des Landeshauptmannes Nr. 28/2023 mit der unten angeführten Person zusammenleben zu dürfen:

Herr/Frau _____ geboren in _____
am _____, Steuernummer _____
Beruf _____, Zivilstand _____

Grund:

Zum Zwecke der Neuberechnung der Konzessionsgebühren **ERKLÄRT** der/die Unterfertigte, dass die Person, für die er/sie im Sinne des Art. 46 des DPR Nr. 445 vom 28.12.2000 die Genehmigung beantragt, im Jahr _____ folgendes Einkommen bezogen hat:

EINKOMMEN AUS ABHÄNGIGER TÄTIGKEIT UND/ODER RENTEN:

--	--	--

EINKOMMEN AUS SELBSTÄNDIGER TÄTIGKEIT: (genau auszufüllen)

Art der Tätigkeit und Kategorie des Kollektivvertrages
 Name und Sitz der Firma
 Beginn und/oder Ende der Tätigkeit
 Anzahl der Angestellten/Mitarbeiter
 Umstände, welche die selbst. Tätigkeit beeinflusst haben
 Eigentum der Firma (bewegliche/unbewegliche Güter)
 Beteiligung

%	Haupttätigkeit: ☐ JA ☐ NEIN

ERKLÄRTES EINKOMMEN

EVENTUELLE ANDERE EINKOMMEN:

Geben Sie andere Einkommen und/oder Renten an, die nicht auf der Steuererklärung aufscheinen, und zwar: finanzielle Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung oder INPS-Mobilitätszulage, Ausgleichskasse, Mutterschaftsgeld, Beiträge von Seiten der Provinz und der Region wie Familiengeld, Pflegegeld, INAIL-Rente, Auslandseinkommen, Wohngeld usw.;

Art des Einkommens		

Für getrennte oder Einzelgesuchsteller mit zulasten lebenden Kindern:

Beziehen Sie Alimente? JA ☐ NEIN ☐		
Bezahlen Sie Alimente? JA ☐ NEIN ☐ (wenn ja, legen Sie bitte die Bankbelege bei)		

OHNE EINKOMMEN BZW. EIN EINKOMMEN UNTER DEM LEBENSMINIMUM:

Erklären Sie genau, wie Sie sich erhalten haben:

UND

ERKLÄRUNG ÜBER EVENTUELLE BESITZE:

Der Gesuchsteller erklärt, dass die Person für die er die Wohngemeinschaft beantragt, Eigentümer oder Nutznießer einer Liegenschaft (Gebäude, Grund) ist bzw. ein Wohnrecht hat.

☐ JA, er/sie hat einen Besitz. ☐ NEIN, er/sie hat keinen Besitz.

ERKLÄRUNG ÜBER DIE VERÄUSSERUNG EINER LIEGENSCHAFT IN DEN LETZTEN 5 JAHREN:

Der/Die Antragsteller/in erklärt, dass die Person für die er die Wohngemeinschaft beantragt, in den letzten 5 Jahren vor der Einreichung dieses Gesuches die Eigentumsabtretung in Anspruch genommen hat.

☐ JA, er/sie hat etwas verkauft. ☐ NEIN, er/sie hat nichts verkauft.

TABELLE A: (auszufüllen, wenn oben JA angekreuzt worden ist)

VOR- UND ZUNAME	siehe (1)	Anschrift	siehe (2)	m ²	Kataster- ertrag

- (1) Beschreibung der Liegenschaften: z.B. Haus, Wohnung, Garni, Pension, Hotel, Bar, Restaurant, Büro, Geschäft, Werkstatt, Camping, Stall, Stadel, Hof (geschlossener), Baugrund, Wiese, Acker, Obstwiese, Weingarten, Wald, Bergwiese, Weide;
- (2) Art des Rechts: A-Eigentum, B-Miteigentum, C-Fruchtgenuss, D-Benützungsrecht, E-Wohnrecht;

ERKLÄRUNG BEZÜGLICH DER ZULASSUNG ZU EINEM ÖFFENTLICHEN BEITRAG:

Der Gesuchsteller erklärt, dass weder er, noch die Person für die er die Wohngemeinschaft beantragt, noch andere Familienmitglieder zu einem öffentlichen Beitrag für die Errichtung, den Ankauf oder die Wiedergewinnung einer Wohnung zugelassen worden sind.

Ausnahme: Gründung einer neuen Familie

☐ JA, sie wurden zugelassen.

☐ NEIN, sie wurden nicht zugelassen.

Die aufzunehmende Person darf keine Schuldverhältnisse mit der vermietenden Körperschaft haben und in den letzten fünf Jahren darf ihr gegenüber weder eine Zuweisung annulliert oder widerrufen worden sein, noch eine Räumung verfügt worden sein noch darf sie eine öffentliche Liegenschaft widerrechtlich besetzt haben.

Kommunikation mit dem Amt für Wohnbau

(GvD Nr. 82 vom 07.03.2005, Art. 1, Abs. 1, Buchst. v-bis), Abs. 1-ter und Art. 3-bis, Abs. 4-quinquies)

Der/die Antragsteller/in ersucht, dass die Kommunikation bezüglich dieses Verwaltungsverfahrens ausschließlich über die unten angeführte zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC) erfolgen muss und erklärt, dass die Adresse für die gesamte Dauer des Verwaltungsverfahrens aktiv bleibt bzw. eine eventuelle Adressenänderung rechtzeitig mitgeteilt wird.

Zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC) (leserlich)

Der/die Antragsteller/in ersucht, dass die Kommunikation bezüglich dieses Verwaltungsverfahrens ausschließlich über die unten angeführte E-Mail-Adresse erfolgen muss und erklärt, dass die Adresse für die gesamte Dauer des Verwaltungsverfahrens aktiv bleibt bzw. eine eventuelle Adressenänderung rechtzeitig mitgeteilt wird. Er/sie erklärt weiters, sich bewusst zu sein und zu akzeptieren, dass die Übermittlung und der Empfang der Mitteilungen/Unterlagen nicht garantiert ist, da die angeführte E-Mail-Adresse keine zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC) ist (Art. 3-bis Absatz 4-quinquies des GvD 82/2005) und die Stadtgemeinde Bozen - Abteilung Vermögen und Wirtschaft - Amt für Wohnbau im Falle von fehlgeschlagener Kommunikation, welche nicht direkt auf die Stadtgemeinde Bozen - Abteilung Vermögen - Amt für Wohnbau zurückzuführen ist, von jeglicher Verantwortung befreit ist.

E-Mail-Adresse (leserlich)

Er/sie erklärt in das Informationsschreiben zur Datenverarbeitung gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) Einsicht genommen zu haben.

(Zutreffendes ankreuzen):

☐ auf Papierunterlage beim Amt für Wohnbau

☐ auf der Website der Gemeinde unter www.gemeinde.bozen.it

Datum

Unterschrift

.....

.....

Sollte der Antrag nicht im Beisein des zuständigen Beamten/der zuständigen Beamtin unterzeichnet werden, so müssen die Fotokopie des gültigen Ausweises vorgelegt werden.